

Kommentar: Hassprediger auf Betteltour

Von Hans-Robert Richarz

Drei eng bedruckte Seiten lang ist der per Internet versandte Brief, den Jürgen Resch am vergangenen Dienstag an „Liebe Freunde und Förderer der Deutschen Umwelthilfe“ (DUH) schickte. Darin bettelte der DUH-Geschäftsführer dringlich um finanzielle Unterstützung: „Jeder kleine Euro-Betrag, jede dauerhafte Fördermitgliedschaft, aber auch jede größere private Spende stärken uns den Rücken.“

Bringen etwa die pro Jahr von seinem Verein verschickten weit über 1000 Abmahnungen sowie Mitgliedsbeiträge und andere Bezüge, die zusammen fast zehn Millionen Euro ausmachen, nicht mehr genügend ein?

Offensichtlich nicht. Denn um vehement gegen Dieselaautos wie ein Hassprediger fortwährende Hetze zu verbreiten („Tausende von Diesel-Pkw verpesten die Luft mit Stickstoffdioxid“), führt Resch das fiktive Beispiel einer sozial benachteiligten Familie mit einer Tochter namens Selina an (warum nicht gleich Kevin oder Chantal?), die an einer verkehrreichen Straße in Stuttgart wohne und dort fortwährend „tückisches Gift“ einatmen müsse. Die Folgen wären „Schäden am Herz-Kreislauf-System“. Daran würden zudem „jährlich 10 400 vorzeitige Todesfälle allein in Deutschland“ zu beklagen sein, zitiert Resch die Europäische Umweltagentur, die selbst wiederum keine Quelle für ihre Erkenntnisse nennt.

Dagegen wolle die DUH „hartnäckig vorgehen“ meint Resch, denn: „Das Kabinett Merkel ist ein Totalausfall in ökologischen Fragen.“ Doch eigene Abgastests sowie die Anschaffung teurer Geräte zur Überwachung von CO₂ und NO_x gehen massiv ins Geld. „Allein für die Weiterführung von Labortests und den Start der Straßentests in diesem Jahr benötigen wir mindestens 300 000 Euro“, klagt Resch.

Doch die Gründe für den Bettelbrief liegen wahrscheinlich tiefer. Denn Resch schreibt auch: „Zusätzlich stehen massive juristische Kosten für die Auseinandersetzungen mit der Automobilindustrie an.“ Darunter versteht er „zum Teil rechtlich sehr grundsätzliche

Auseinandersetzungen".

Und hier liegt wohl der eigentliche Hase im Pfeffer. Sollten sich nämlich von DUH-Verdächtigungen zu Unrecht betroffene Konzerne erfolgreich vor Gericht wehren und Schadenersatz einklagen, sieht es für die Deutsche Umwelthilfe mit ihrem eher bescheidenen Vereinsvermögen mehr als finster aus. Das Magazin „Europaticker – Umweltruf“ schrieb in seinem Bericht zur Jahrespressekonferenz der DUH kürzlich: „Die Aktivitäten und Behauptungen des Vereins im Zusammenhang mit dem Abgasskandal können sehr schnell zu Schadenersatzforderungen bei mehrstelligen Millionenbeträgen enden.“

Und dann heißt es wohl: „Gute Nacht, DUH !“

Bilder zum Artikel



Hans-Robert Richarz.
